

Bertram Schröter

34 Göttingen  
Goßlerstrasse 66 a  
den 30. Mai 1963

Frau  
Ursula M ä h l e r  
D ü s s e l d o r f  
Lichtstrasse 2

Liebe Uschi !

Dein Brief vom 21. schreit nach einer Antwort. So will ich mich trotz vorgerückter Stunde daranmachen, Dir in der möglichen Kürze wenigstens einiges zu schreiben.

Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, darf ich jedoch folgendes voranstellen :

- A) Eine Diskussion über die Beteiligung des deutschen Zweiges an einem Dienst in Mitteldeutschland kann nur dann möglich sein, wenn alle Gesprächspartner über die Materie und alle Vorgänge informiert sind.
- B) Eine solche Diskussion kann nur dann Sinn haben, wenn sie absolut sachlich bleibt. Das Sprichwort : "Böse Briefe soll man schreiben, aber nicht abschicken", gilt hier mehr denn je.
- C) Ich halte es für eine Voraussetzung unserer Arbeit im Zivildienst, daß diese in der Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens stattfindet.

Dazu im Einzelnen :

Der Vorstand hat n i e daran gedacht, irgend etwas vor den Mitgliedern geheim zu halten. Er hat sich aber Gedanken gemacht erstens über die Form, in der man den Mitgliedern die Beschlüsse zur Arbeit des SCI in der DDR bekanntmachen und erläutern kann und zweitens über den Zeitpunkt dieser Bekanntmachung.

Die zur Diskussion stehende Frage ist besonders schwierig, da – wie Hans-Ulrich gerade in einem Brief sehr richtig schrieb – es im deutschen Zivildienst in dieser Sache zwei diametrale Ansichten gibt, die nicht wegzudisputieren sind. Es dürfte daher selbstverständlich sein, daß als erstes ein ausführlicher Bericht des Vorstandes veröffentlicht wird und erst dann eine Diskussion der Mitglieder im Mitteilungsblatt folgen kann.

Nicht nur aus diesem Grund hat der Vorstand die Vertraulichkeit seiner Sitzung beschlossen und den anwesenden Gästen auch ausdrücklich mitgeteilt. Wäre es dem Vorstand darauf angekommen, etwas geheim zu halten, so wäre es ein leichtes gewesen, alle Gäste von der Sitzung auszuschließen.

Weiterhin gab es eine Reihe von Gründen, die den Vorstand zu dem Beschluß veranlaßt haben, vor dem Anlaufen des Dienstes in Potsdam (etwa Mitte Juli ?) grundsätzlich weder über den Dienst selbst noch über die entsprechenden Vorstandsbeschlüsse zu berichten. Bis dahin werden wir dann hoffentlich Zeit gefunden haben, den Bericht sorgfältig auszuarbeiten.

Leider liegt es im Wesen der Sache, daß man entweder Vorstandsmitglied ist, oder nicht. Wenn Du Deine erfolgte Wahl in den Vorstand nicht angenommen hast, so kannst Du heute nicht erwarten, über alle Dinge des Vorstandes informiert zu sein. Immerhin solltest auch Du dem von der Mitgliederversammlung gewählten Vorstand das Vertrauen entgegen bringen, daß er sich nicht durch irgend welche "seltsamen Interventionen" zu unüberlegten Schritten hinreißen läßt (und zwar auch dann, wenn in Hans' zornigem Brief die ihm angenehmen Beschlüsse als "sachlich und fair", die ihm unangenehmen als "Sumpf" bezeichnet werden). Doch genug der Vorrede.

Der Vorstand hat in seinen Sitzungen am 30. / 31. 3. und am 11. / 12. 5. sehr sorgfältig geprüft, welche Haltung der deutsche Zweig gegenüber dem geplanten SCI-Dienst in Mitteldeutschland einnehmen soll. Du wirst die Satzung, sowohl die internationale als auch unsere, kennen, so brauche ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen, daß es eines der erklärten Ziele des SCI (+ IZD) ist, in Spannungsgebieten – wie Mitteldeutschland – zu arbeiten. Gerade dies sollten wir deshalb auch bei der Diskussion jedes einzelnen Grundes für oder wider einer westdeutschen Beteiligung stets im Auge behalten.

Ich bedaure, daß das Protokoll der Mitgliederversammlung noch nicht in Deinen Händen ist. Wolf-Dietrich und Inge haben es bereits vor zwei Monaten geschrieben, seitdem liegt es bei Heinz-Gerhard, der hoch und heilig versprochen hat, es nunmehr endlich an Lutz zum schreiben weiterzugeben. Aber auch ohne Protokoll müßtest Du Dich eigentlich daran erinnern, daß die Stimmung auf der Jahresversammlung in Frankfurt recht stark für eine deutsche Mitarbeit am Potsdamer Lager war. Grundsätzliche Bedenken wurden nach meiner Erinnerung kaum geäußert, es ging vielmehr um die "Bedingungen", unter denen eine Arbeit in Mitteldeutschland möglich ist. Das am Ende nur ein Beschluß gefaßt wurde, der (sinngemäß) "die Aktivität des SCI in der DDR begrüßt", verdanken wir vor allem Gerhard Krückeberg und seinem Hinweis auf eventuelle Folgen positiver Beschlüsse.

Da der Dienst in Potsdam in Zusammenarbeit zwischen FDJ und SCI unter Verantwortung des Internationalen Komitees und in dessen Auftrag unter organisatorischer Leitung des Europäischen Sekretärs und des Britischen Zweiges durchgeführt wird, hatte der deutsche Vorstand zur Zeit nur über eine mögliche Beteiligung deutscher Freiwilliger zu befinden. In mehrstündigen Diskussionen wurde versucht, jeden einzelnen Grund – positive wie negative – sorgfältig zu wägen. Dabei zeigte sich eigentlich sehr klar, daß es weder eine "absolut richtige" Meinung noch solche Beschlüsse geben kann. Die sich ständig wandelnde Situation verlangt vielmehr ein stetes Überarbeiten aller Erkenntnisse und Beschlüsse (gerade dies ist ja auch das Wesen von "Politik"). Dabei waren sowohl unsere Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik als auch jene gegenüber dem SCI mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Denn es kann doch kein Zweifel daran herrschen, daß wir als deutscher Zweig einer internationalen Organisation Verpflichtungen gegenüber dieser haben – wie sonst wären wir ein Teil des SCI? Das braucht deshalb noch lange nicht zu heißen, daß wir uns blindlings an den Aktionen des SCI beteiligen. Wir haben durchaus das Recht, anderer Meinung zu sein. Aber wir haben offensichtlich unsere Meinung international so schlecht vertreten, daß das Internationale Komitee klar gegen uns entschieden hat (siehe die SCI-Beschlüsse vom 19. / 21. 4. 63). Die letzte uns im Augenblick noch verbleibende Möglichkeit wäre ein klarer Verstoß gegen die IC-Beschlüsse! In unserer Vorbesprechung am Samstag Abend der letzten Vorstandssitzung hatten wir durchaus auch von dieser Möglichkeit gesprochen. Aber dieses Gespräch ging von der Voraussetzung aus, daß die zuvor geäußerten Meinungen der Weisheit letzter Schluß wären. Ich möchte jedoch mit aller Deutlichkeit betonen, daß der von Hans aus diesem Gespräch herausgehörte "Rütlischwur" nicht stattgefunden hat, auch nicht sinngemäß!

Es war jedenfalls sehr gut, daß wir am nächsten Tag die Gelegenheit hatten, uns mit Chris und Roger über die Probleme auszusprechen. Als Gesandte des IC haben sie dabei sicherlich nicht nur begriffen, daß wir nicht Opposition um der Opposition willen treiben, und auch wir haben manche der Argumente des IC in einem anderen Licht zu sehen bekommen. Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, die für oder gegen unsere Teilnahme am Lager bei Potsdam sprechen, Du wirst sie wahrscheinlich später im Bericht des Vorstandes zu lesen bekommen. Im Augenblick muß es genügen, wenn ich Dir das Ergebnis der Diskussionen noch etwas erläutere.

Erstens : die Beschlüsse des Vorstandes vom 30. / 31. 3. sind nach wie vor gültig. Dies wurde vom Vorstand ausdrücklich festgestellt (auch wenn eine nochmalige Bestätigung im Protokoll aus optischen Gründen unterblieben ist) und stand während keiner Minute in Zweifel.

Zweitens : der Beschluß 11. /12. 5. über die Entsendung von ein bis zwei "Beobachtern" ist ein zusätzlicher, der den früheren Beschlüssen keineswegs widerspricht.

63 05 30 - 1 03

Die Entsendung von "Beobachtern" hat mehrere Gründe :

- A) Wir haben entgegen der ausdrücklichen Aufforderung des IC unsere Beschlüsse vom März nicht geändert sondern sogar erneut bestätigt. Durch den neuen Beschluß zeigen wir, daß wir nicht aus Sturheit und Böswilligkeit handeln, sondern jederzeit bereit sind, nach einem gangbaren Weg zu suchen, der den Bedingungen a l l e r Beteiligten gerecht wird.
- B) Es ist zur Zeit das allgemeine Bestreben nicht nur der Arbeitslagerorganisationen, die Aufweichung der Starrheit in der Ostpolitik unserer Bundesregierung zu fördern, um eines Tages zu einem flexibleren System zu kommen. Die von uns ausführlich zu begründende Entsendung von "Beobachtern" zwingt die Regierungsstellen, ihre bisher eingeschlagene Richtung zu überprüfen. Da unsere Anfrage in Bonn keineswegs alleine und für sich steht, sondern einige ähnliche dort bereits vorliegen, kann sich hier durchaus ein Ansatzpunkt für eine Änderung ergeben.
- C) Der IZD hat nicht nur allgemein als deutsche Organisation gewisse Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Staat, als Teilhaber an verschiedenen Programmen wie Ersatzdienst, Bundes-Jugendplan und Entwicklungshilfe haben wir darüber hinaus auch solche gegenüber unserer Regierung. Es sollte daher selbstverständlich sein, daß wir die Stellungnahme Bonner Stellen einholen, bevor wir in Gebieten wie Mitteldeutschland tätig werden. Dabei steht es uns jedenfalls frei, anders zu entscheiden, als es in Bonn gewünscht wird, nur dürfen w i r uns nachher nicht beklagen, wenn Bonn aus unserem Verhalten seine Konsequenzen zieht. Gerade eine Anfrage in Bonn befreit uns auch von dem im IC deutlich ausgesprochenen Verdacht, der deutsche Zweig würde angebliche negative Folgen, die ihm von der Regierung drohen sollen, vorschieben, um eine SCI-Tätigkeit in Mitteldeutschland abzulehnen.
- D) Die Situation, in der sich der deutsche Zweig im Augenblick international befindet, beruht keineswegs auf den von Dir erwähnten "Ressentiments gegenüber den Deutschen". Sie liegt meines Erachtens in der destruktiven Haltung begründet, die der deutsche Zweig in den letzten Jahren eingenommen hat (Hierbei möchte ich ausdrücklich betonen, daß wir blind wären, wollten wir alleine Klaus die Schuld daran in die Schuhe schieben). Es genügt eben nicht, auf den IC-Sitzungen nur zu den vorgelegten Anträgen ja oder nein zu sagen. Wir müssen daher vor allem international aktiver werden. Dies soll heißen : wir müssen im IC tatsächlich mitarbeiten, unsere Probleme und Wünsche dem IC vortragen, uns vor den Sitzungen bereits eine Meinung erarbeiten und diese in ständigem Kontakt mit den anderen Zweigen überprüfen. Wenn wir nicht auf der nächsten IC-Sitzung bereits wieder restlos ins Hintertreffen geraten wollen, müssen wir daher alles daran setzen, über die tatsächlichen Vorgänge in Potsdam aus e r s t e r Hand informiert zu sein.
- E) Es besteht ohne Zweifel die nicht geringe Gefahr, daß es in Potsdam, wenn die westdeutschen "Störenfriede" nicht am Lager teilnehmen, zu einer großen Verbrüderung zwischen der FDJ und dem SCI kommt. Nicht nur allgemein, auch und besonders im SCI ist man der Ost-Westdeutschen Spannungen überdrüssig. Deshalb wäre es Illusion, zu glauben, daß die westeuropäischen Teilnehmer mit der notwendigen Vorkenntnis versehen und mit der erforderlichen kritischen Einstellung nach Potsdam gehen. Dazu kommen die üblichen Sprachschwierigkeiten – und am Ende ist es fraglich, ob überhaupt eine ehrliche Diskussion zustande kommt. Auch in diesem Fall kann die Teilnahme eines sprachkundigen und mit den Verhältnissen Mitteldeutschlands vertrauter Freiwilliger von großer Bedeutung für uns sein.

Diese Gründe für die Entsendung von "Beobachtern" sind keineswegs in dieser Klarheit vom Vorstand erarbeitet worden, denn dazu langte leider die Zeit bei weitem nicht. Sie wurden jedoch in der Sitzung erwähnt und waren letztlich ausschlaggebend für die Beschlüsse.

Aus diesen Gründen ergibt sich jedoch auch mit aller Deutlichkeit, daß nicht daran gedacht sein kann (wie Roger es auch gerne auslegen möchte), zwei x-beliebige Freiwillige in die DDR zu schicken. Der Vorstand war sich einig darin, lieber keinen als einen nicht qualifizierten Freund zu schicken. Es war auch keineswegs eine Wortklauberei, von "Beobachtern" zu sprechen.

63 05 30 - 1 04

Sicherlich sind diese im normalen Tagesablauf ganz gewöhnliche Lagerteilnehmer, sie werden jedoch einige besondere Auflagen vom Vorstand bekommen, zu denen es zum Beispiel gehören wird, bei

allen offiziellen und offiziösen Gelegenheiten größte Zurückhaltung zu üben und gegebenenfalls klar zu betonen, daß ihre Anwesenheit noch keineswegs eine Teilnahme des IZD an dem Lager in Potsdam bedeute. Es liegt daher im Wesen der Sache, daß die möglichen "Beobachter" von den Vorstandsmitgliedern benannt und dann persönlich angesprochen oder angeschrieben werden.

So viel im Augenblick zu Deiner Aufklärung. Ich hoffe, diese Zeilen zeigen Dir wenigstens, daß der Vorstand nicht unüberlegt und leichtfertig gehandelt hat. Sicherlich wird noch manches Wort dazu zu sagen sein, ich persönlich habe auch keineswegs etwas dagegen, die Herbsttagung zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit dem Thema Mitteldeutschland zu machen, nur sollten wir versuchen, unsere gegensätzlichen Auffassungen in einer Form auszutragen, die nicht dem Verein zum Nachteil gereicht.

Nur in diesem Sinne bitte ich Dich, auch den offiziellen Willen des Vorstandes zu verstehen, nicht vor der August-Nummer im Mitteilungsblatt über die Frage Mitteldeutschland zu berichten.

Ich habe eine weitere Bitte, welche von Heinz-Gerhard ausdrücklich unterstützt wird und die besagt, daß Du mir bitte alle Manuskripte zur Frage Mitteldeutschland vor ihrer Veröffentlichung zur Kenntnisnahme schickst. Wir wollen keineswegs eine "Pressezensur" einführen, nur sollte der Vorstand unterrichtet sein, was im offiziellen Vereinsblatt zu lesen ist. Und er sollte damit weiterhin die Möglichkeit haben, offensichtliche Unrichtigkeiten – wie sie ja zum Beispiel in dem Bericht von Borvin Wulf enthalten sind – in einem Kommentar richtigzustellen.

Damit will ich die Schreibmaschine zuklappen – und es verbleibt mir noch als letztes, schöne Pfingsttage Dir und Deiner Familie zu wünschen.

Herzliche Grüße

Bertram

Durchschläge an :

Vorstandsmitglieder  
Alfred Knaus  
Hans-Ulrich Smolczyk  
Hans Flottau